



UvA-DARE (Digital Academic Repository)

Polarisierung und Poldermodell: Versäulung und Entsäulung in den Niederlanden seit 1945

van Dam, P.

Publication date

2012

Document Version

Final published version

Published in

Konkordanzdemokratie: ein Demokratietyt der Vergangenheit?

[Link to publication](#)

Citation for published version (APA):

van Dam, P. (2012). Polarisation und Poldermodell: Versäulung und Entsäulung in den Niederlanden seit 1945. In S. Köppl, & U. Kranenpohl (Eds.), *Konkordanzdemokratie: ein Demokratietyt der Vergangenheit?* (pp. 99-115). (Tutzingen Studien zur Politik; No. 2). Nomos.

General rights

It is not permitted to download or to forward/distribute the text or part of it without the consent of the author(s) and/or copyright holder(s), other than for strictly personal, individual use, unless the work is under an open content license (like Creative Commons).

Disclaimer/Complaints regulations

If you believe that digital publication of certain material infringes any of your rights or (privacy) interests, please let the Library know, stating your reasons. In case of a legitimate complaint, the Library will make the material inaccessible and/or remove it from the website. Please Ask the Library: <https://uba.uva.nl/en/contact>, or a letter to: Library of the University of Amsterdam, Secretariat, Singel 425, 1012 WP Amsterdam, The Netherlands. You will be contacted as soon as possible.

Polarisierung und Poldermodell. Versäulung und Entsäulung in den Niederlanden seit 1945

Peter van Dam

Als der Politologe Arend Lijphart 1968 seine Studie *The politics of accommodation* veröffentlichte, sah er die Niederlande in einem Wandel begriffen. Ihre Politik kennzeichnete sich ihm zufolge bis dahin durch pragmatische Zusammenarbeit: Mit ihrer Befriedungspolitik hätten die Eliten trotz vermeintlich tiefer weltanschaulicher und sozioökonomischer Gräben politische Instabilität vermeiden können. Die „Versäulung“ (nl. „Verzuiling“), wie Lijphart dieses System in der niederländischen Übersetzung seiner Studie bezeichnete, teilte und vereinte die niederländische Gesellschaft somit gleichermaßen im Aushandlungsgeschick auf höchster Ebene bei gleichzeitigem Instandhalten der Segmentierung an der Basis.

Diese Stabilität war aber, wie Lijphart konstatierte, in Gefahr. Durch die Politisierung der Bürger und die abnehmende Bereitschaft der Politiker, die Spielregeln der Befriedungspolitik einzuhalten, erwartete Lijphart politische Veränderungen. In den siebziger Jahren teilten Soziologen und Politologen diese Einschätzung Lijpharts. Die niederländische Politik sei in eine Krise geraten und habe die Strategien der Befriedungspolitik aufgegeben. Das politisierte gesellschaftliche Klima, der aktivistische Stil der Regierung des Ministerpräsidenten Joop den Uyl (1973-1977) und die Schwankungen in den Wahlergebnissen schienen die Vermutung eines Wandels zu bestätigen. Statt Versäulung redeten Beobachter nun von Entsäulung. Damit unterstellten sie einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit seit den sechziger Jahren.

Diese Unterstellung einer Diskontinuität in der Nachkriegsgeschichte der niederländischen Politik geriet aber in den folgenden Jahren ins Schwanken. In den neunziger Jahren standen die Markenzeichen der Befriedungspolitik – Entpolitisierung und pragmatische Zusammenarbeit – erneut im Mittelpunkt. Sie wurden in Lobreden auf das „Poldermodell“ als die Schlüssel zum erfolgreichen Strukturwandel der Wirtschaft, welche die Niederlande als Vorbild für das Ausland erscheinen ließen, hervorgehoben. Diesem Poldermodell wurde eine Verwandtschaft mit der früheren versäulten Gesellschaft nachgesagt, in der pragmatische Zusammenarbeit ebenfalls eine Tugend gewesen sei.

Die Verwirrung um die Frage, inwiefern die Befriedungspolitik seit den sechziger Jahren aufgegeben wurde, verbindet sich also mit der Frage nach der Konstanz der Versäulung in den Niederlanden. Hier rächt sich aber der vielschichtige und suggestive Charakter dieses für die Deutung der niederländischen Zeitgeschichte zentralen Begriffes. Arend Lijpharts vielbeachtete Studie aus dem Jahre 1968 ist

für diese Verwirrung in zweifacher Hinsicht exemplarisch: sie fasste die damalige Debatte um den Charakter der versäulten Gesellschaft zusammen, in der die Gestaltung einzelner Gemeinschaften, die gesellschaftliche Rolle der Religion und die Formen des politischen Handelns durcheinander liefen. Zweitens nahm Lijphart die später einflussreiche Hypothese vorweg, im Zuge einer Entsäulung habe sich diese Gesellschaft grundlegend gewandelt. Zur Klärung der Frage nach der Konstanz der Befriedungspolitik wird daher im Folgenden zunächst die Begriffsgeschichte von Versäulung und Entsäulung analysiert, wobei die Aufmerksamkeit vor allem auf die politische Dimension dieser Begriffe gelenkt werden soll.

Aufbauend auf dieser Analyse soll das Verhältnis von politischer Führung und Wählerschaft seit den 1960ern im Vordergrund stehen. Die stetige Verschiebung hin zu lockereren Formen der Gemeinschaftsbildung seit 1945 verursachte eine Krise der Legitimation der politischen Führung, die schließlich in den achtziger Jahren zu einer Neuausrichtung führte: Statt sich als Vertreter einer Gemeinschaft zu präsentieren, suchten Politiker ihre Position zunehmend durch Auftreten als kompetente Manager des Versorgungsstaates zu legitimieren. Der Übergang von Befriedungspolitik über Politisierung zum Poldermodell wurde somit erleichtert durch das Beibehalten vieler Spielregeln der Befriedungspolitik: Während sich die Basis der Legitimation politischer Führung änderte, behielt man die überkommenen Formen der politischen Verständigung größtenteils bei. So besehen ist die Suggestion eines Bruches in der niederländischen Politik, die von dem Begriffspaar Versäulung – Entsäulung produziert wird, irreführend.

1. Versäulung zwischen gesellschaftlicher Polemik und wissenschaftlicher Analyse

Die Versäulungsmetapher setzt die Existenz von als Säulen angedeuteten Bevölkerungsgruppen voraus, die für eine Analyse dieser Bildsprache zuerst in einem alternativen Konzept veranschaulicht werden müssen. Im ausgehenden 19. Jahrhundert hatten sich überall in Europa Gemeinschaften gebildet, die sich durch eine gemeinsame weltanschauliche Orientierung, ein umfassendes Set geteilter Normen und Werte und eine hohe organisatorische Verdichtung von anderen Gemeinschaften unterschieden (Hellemans 1990). Solche Gemeinschaften kann man als schwere Gemeinschaften konzeptionalisieren, denen idealtypisch leichte Gemeinschaften gegenüberstehen. Der Vorteil einer solchen Begriffsbildung ist die Möglichkeit,

eine Kontinuität der Gemeinschaftsbildung über das Aufkommen und Untergehen von schweren Gemeinschaften hinaus zu thematisieren (Van Dam 2011 b).¹

In den Niederlanden bauten nicht nur Katholiken und Sozialdemokraten, sondern vor allem auch orthodoxe Protestanten seit dem späten 19. Jahrhundert eine schwere Gemeinschaft auf. Seit dem Ersten Weltkrieg, der eine große Herausforderung für den neutralen niederländischen Staat darstellte, wurden die Organisationen dieser Gemeinschaften zunehmend ins staatliche Verwaltungssystem integriert. Lijphart hat der erfolgreichen Änderung des Grundgesetzes im Jahre 1917 – der so genannten Befriedung von 1917 – dabei eine zentrale Stellung eingeräumt. Sie beendete zwei langjährige Streitthemen der niederländischen Politik. Erstens stellte das neue Grundgesetz christliche Schulen öffentlichen Einrichtungen gleich, insofern sie die staatlichen Bedingungen erfüllten. Das bedeutete, dass protestantische und katholische Schulen jetzt ebenfalls uneingeschränkt von staatlicher Unterstützung profitieren konnten. Zweitens schrieb das erneuerte Grundgesetz das allgemeine Wahlrecht fest, das zunächst volljährigen Männer, ab 1919 auch volljährigen Frauen zuerkannt wurde.

Lijphart hat behauptet, dass diese erfolgreiche Zusammenarbeit der politischen Eliten seitdem eine Blaupause für die politische Kooperation darstellte (Lijphart 1968, S. 100-109). Diese Sichtweise bewertet jedoch die Macht solcher Konsensfindung über und misst den damaligen Ereignissen zuviel Bedeutung bei. So wichtig diese Kompromisse waren, so blieben doch auch viele Konflikte bereits 1917 ungelöst. In der sozialen Frage haben die niederländischen Regierungen beispielsweise weder im Jahr 1917, noch in den darauffolgenden Jahren zu einem Mehrheitsfähigen Kompromiss finden können (Spoormans 1988). Außerdem wurden die Sozialdemokraten in den Zwanziger und Dreißiger Jahren größtenteils von der politischen Macht ausgeschlossen. Schließlich kann man auch in diesen Jahren beobachten, dass die Spielregeln der Befriedung umstritten waren; offener politischer Streit kam ebenso vor wie der Ausschluss verschiedener Interessengruppen.

Der Erste Weltkrieg war dennoch auch für die niederländische Gesellschaft einschneidend. Er zeigte wie sehr die Niederlande Teil eines globalen Systems geworden waren, zwang die Eliten vorübergehend zur Zusammenarbeit und stärkte diejenigen, die eine stärkere gesellschaftliche Koordination durch staatliche Behörden wünschten. Seit diesen Jahren ist die Integration zivilgesellschaftlicher Organisationen in das staatliche System unverkennbar. So bekamen ihre Rundfunkvereine beispielsweise 1930 offiziell eine zentrale Stellung in der Gestaltung des nationalen Rundfunksystems. In dem Jahr entschied sich die Regierung gegen ein

1 In der deutschsprachigen Historiographie ist die Geschichte schwerer Gemeinschaften aufbauend auf die Arbeit von M. Rainer Lepsius als Geschichte von Milieus thematisiert worden (Lepsius 1966; Kösters u. Liedhegener 2001). Dabei haben vor allem die seit dem Kaiserreich einflussreichen katholischen und sozialdemokratischen Milieus viel Aufmerksamkeit erhalten.

einheitliches nationales Rundfunksystem nach Analogie des britischen BBC-Modells. Stattdessen wies sie den orthodox-protestantischen, katholischen, sozialdemokratischen und liberalen Rundfunkvereinen jeweils zwanzig Prozent der Sendezeit zu und teilte die restlichen zwanzig Prozent über kleinere Gruppen und allgemeine Programme auf. Schwere Gemeinschaften entwickelten sich auf diese Weise zu wichtigen Stützen der Gesellschaft.

Solche Arrangements waren jedoch stets umstritten, gerade weil sie die Position der schweren Gemeinschaften in der Gesellschaft stärkten. In den dreißiger Jahren kritisierten linke und rechte Beobachter die Zersplitterung der niederländischen Gesellschaft in Folge des „hokjesgeest“ (dt.: „Schubladendenken“). Stattdessen plädierte beispielsweise der Historiker Johan Huizinga für eine stärkere Orientierung an der Einheit des niederländischen Volkes. Dabei war durchaus ein Echo der italienischen und deutschen völkisch inspirierten Einheitsparolen zu hören (Van Ginkel 1999, S. 99-134). Die Debatte über schwere Gemeinschaften bewegte sich also im Spannungsfeld von einer positiven Deutung als Stützen der Gesellschaft einerseits und Vorwürfen gesellschaftlicher Zersplitterung andererseits.

In diesem Spannungsfeld nahm die Begriffsgeschichte der Versäulung seinen Anfang. Seit Mitte der dreißiger Jahre war die Rede von „Säulen“. So bezeichneten beispielsweise Beamte die Organisationen von Protestanten, Katholiken und Sozialdemokraten, mit denen sie in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zusammenarbeiteten (Blom u. Talsma 2000, S. ix). In einer politischen Debatte um die Freizeitgestaltung niederländischer Soldaten 1940 wurde deutlich, wie der Begriff zum Vehikel gesellschaftlicher Polemik wurde. In einer Senatsbesprechung freute sich der verantwortliche Minister Adriaan Dijxhoorn über den Einsatz der jeweiligen Säulenorganisationen für eine passende Freizeitgestaltung der unterschiedlichen weltanschaulichen Soldatengruppen. Er spornte gleichzeitig die Sozialdemokraten an, ebenfalls solche Aktivitäten zu entfalten. Daraufhin monierte ein nationalsozialistischer Abgeordneter die Schwächung der nationalen Einheit, die von solchen getrennten Aktivitäten ausgehen würde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich diese mit der Säulenmetapher verwobene Debatte um Einheit und Vielfalt fort, wenn auch auf neuer Grundlage. Zum einen stand die demokratische Ausrichtung der Niederlande nicht mehr zur Disposition. Zum anderen bejahten alle Diskussionsteilnehmer vor allem in den frühen Jahren des Wiederaufbaus die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit über die weltanschaulichen Grenzen hinaus. Die Form dieser Kooperation war jedoch offen. Auf der einen Seite plädierten vor allem Liberale und Sozialdemokraten für eine organisatorische Zusammenfassung verschiedener weltanschaulicher Gruppen. Auf der anderen Seite wollten orthodoxe Protestanten und Katholiken eine Zusammenarbeit eigenständiger weltanschaulicher Organisationen in koordinierenden Gremien. Letztere Vorstellung materialisierte sich unter anderem in der Gründung eines

Rates der Gewerkschaften, in dem Vertreter der sozialdemokratischen, katholischen und protestantischen Gewerkschaften ihre Strategie koordinierten, und einer Stiftung der Arbeit, in der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschiedener weltanschaulichen Gruppen versuchten ihre jeweiligen Interessen auszusöhnen.

Genährt durch Enttäuschung über den erfolgreichen Widerstand der Gegner eines Abbaus der gesellschaftlichen Segmentierung entfaltete sich in den fünfziger Jahren die Polemik um die Säulen mit neuer Schärfe. Publizisten stellten diese als überholt, kleingeistig und erzwungen dar. Mit ihrer Polemik kreierten die Gegner einer gesellschaftlichen Segmentierung aufgrund von Weltanschauung deshalb bewusst eine Karikatur der niederländischen Gesellschaft. Dafür griffen sie das mit der Metapher der Säulen bereits angekündigte Bild eines griechischen Tempels auf. In dieser Bildsprache lebte jeder in einer eigenen Säule strikt von anderen getrennt, es herrschte eine straffe vertikale Ordnung und die Bürger verhielten sich passiv.

Paradoxerweise griffen auch die Befürworter segmentierter Organisationsnetzwerke die Säulenmetapher auf. Sie betonten die Stabilität einer versäulten Ordnung, die Stärke der eigenen Säule und die Notwendigkeit das Dach des Staates auf starke Säulen aufzubauen. Weil Gegner und Befürworter die Metapher bestätigten, konnte das karikaturhafte Bild der Gesellschaft eine prominente Stellung im Denken über die Niederlande erlangen. Dabei kreiste die Diskussion über Versäulung in den fünfziger Jahren sowohl um die Weise, wie Gemeinschaften einzeln in geschlossenen Netzwerken mit einer umfassenden Identität organisiert waren, als auch um die prominente Rolle der Religion in der Gesellschaft in Folge der dominanten Stellung der katholischen und orthodox-protestantischen Gemeinschaft.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Phänomen, die seit den fünfziger Jahren ihren Anfang nahm, führte zu keiner Relativierung der polemischen Übertreibung, die anhand der Säulenmetapher konstruiert worden war. Als prominentester Vertreter der frühen Analyseversuche gilt der Soziologe Jakob Kruijt. Bei ihm trat die Spannung zwischen wissenschaftlichem und gesellschaftlichem Engagement besonders deutlich zu Tage. In seinen differenzierten Analysen stellte er derartige Unterschiede zwischen den jeweiligen Gruppen fest, dass er nur noch von einer katholischen und einer protestantischen Säule sprechen wollte. Gleichzeitig äußerte er in seinen Beiträgen wiederholt die Hoffnung, dass die Segmentierung der Gesellschaft abnehmen würde, wobei er die Karikatur einer weitgehenden Zerteilung übernahm. So kritisierte er das „Hotel Pay-Bas, unter dessen Dach wir zwar zusammenleben, aber gut isoliert in getrennten Zimmern“ (Kruijt 1957, S. 29). Andere Wissenschaftler verglichen das System der Versäulung gar mit totalitären Systemen (Van Doorn 1957) oder bezeichneten es als ein „spezifisch niederländisches Problem“, das angesichts seiner vermeintlichen Einmaligkeit in der Welt umso stärker hinterfragt werden sollte (Schöffers 1957). Als weiteres Merkmal wurde mit dem Bild der Versäulung also die niederländische Singularität verbun-

den. Diese Behauptung sollte bis in die achtziger Jahre kaum angezweifelt werden. Deshalb etablierte Versäulung sich seit den fünfziger Jahren nicht nur als eine Karikatur der niederländischen Gesellschaft, sondern auch als ein Mythos nationaler Eigenheit (Te Velde 2009).

In den sechziger Jahren verschob sich der Schwerpunkt wissenschaftlicher Beschäftigung mit dem Thema hin zur Politologie. Damit ging eine größere Aufmerksamkeit für das politische Verhalten der politischen Eliten im Zusammenspiel mit der Wählerschaft einher. Zunächst fand der Politologe und Historiker Hans Daalder Beachtung mit der Behauptung, die Elite würde im Stile der früheren Regenten sachlich und distanziert Politik betreiben. Da die Politik hinter verschlossenen Türen stattfindet und die Bürger sich außerdem in isolierten weltanschaulichen Lagern befänden, verhielten letztere sich mehrheitlich passiv und skeptisch (Daalder 1995, S. 11-39). Dieser kritischen Einschätzung Daalders schloss sich Lijphart 1968 an. In seiner Darstellung spiegelte sich die Bildsprache von den isolierten Bevölkerungsgruppen als strikt getrennten Säulen, die gemeinsam das Dach des niederländischen Staates tragen. Auch nach Lijphart bedingten sich das passive Verhalten der in weltanschaulichen Gruppen getrennten Bürger und das pragmatische Zusammenarbeiten der politischen Eliten gegenseitig.

Daalder und Lijphart kombinierten zudem ihre wissenschaftliche Analyse mit einer gesellschaftlichen Polemik gegen die Segmentierung aufgrund der Weltanschauung. Angelpunkt ihrer Kritik war die passive Haltung der derart organisierten Bürger, die dem Anspruch politisch bewussten Handelns nicht gerecht werde. Angesichts der stabilen Wahlergebnisse der bedeutendsten Parteien fragte sich Lijphart gar, ob dieses System ein demokratisches Defizit aufweise (Lijphart 1968: S. 173-177). Somit gingen unter dem Nenner der Versäulung Ende der sechziger Jahre nicht nur Polemik und Wissenschaft Hand in Hand, sondern deutete das Schlagwort seitdem auch drei unterschiedliche Themenbereiche an: die organisatorische Ausprägung von Gemeinschaften, die Rolle der Weltanschauung in der Gesellschaft und das politische System (Hellemans 1990, S. 26-27).

2. Ein radikaler Bruch? Die Hoffnung der Entsäulung

Das System, das Lijphart 1968 analysierte und kritisierte, befand sich seiner Meinung nach bereits im Umbruch. Während er in der ersten Hälfte seiner Studie die Umriss der Befriedungspolitik und ihre Verwurzelung in der niederländischen Gesellschaft seit 1917 beschrieb, fragte er sich im zweiten Teil wie sich diese Gesellschaft wandeln würde. Seine Erwartung war, dass die Bürger ihre Passivität ablegen und so die politischen Eliten zwingen würden, ihren politischen Stil neu auszurichten (Lijphart 1968, S. 9-16). In der dritten niederländischen Ausgabe seines Buches bekräftigte er diesen Eindruck sogar sprachlich, indem er die Befrie-

dungspolitik nunmehr im Imperfekt beschrieb (Lijphart 1984, S. 9-1). Die ersten Anzeichen für diesen Wandel hatte er in dem Erfolg neuer politischen Parteien seit dem Anfang der sechziger Jahre gesehen. Zunächst erzielte die Boerenpartij, die sich vor allem gegen Auflagen zu Lasten der niederländischen Bauern richtete, bei Wahlen seit 1963 unerwarteten Erfolg. In der zweiten Hälfte der Dekade machte D'66 von sich reden, eine Partei, die eine Erneuerung des demokratischen Systems durch mehr direkte Bürgerbeteiligung und politische Transparenz anstrebte. Gleichzeitig verloren die etablierten Parteien an Rückhalt: 1967 verloren die in der Nachkriegszeit dominanten Partij van de Arbeid (PvdA) und Katholieke Volkspartij (KVP) zum Beispiel beide fast fünf Prozent ihrer Wähler.

Seit Ende der Sechziger war also immer häufiger die Rede von Entsäulung (nl. „ontzuiling“) als Spiegelbild der Versäulung. Enzyklopädien und Wörterbücher übernahmen den neugeschaffenen Begriff Mitte der Siebziger und deuteten den Prozess als einen Bruch mit der versäulten Vergangenheit. Als eine Deutung der Gegenwart war aber Entsäulung womöglich noch problematischer als Versäulung, denn es war nicht nur undeutlich, auf welche Dimension der Versäulung Entsäulung sich bezog, sondern auch, wie sich diese entsäulte Gesellschaft beschreiben ließ. Als eine einfache Negation der versäulten Gesellschaft blieb Entsäulung eine leere Hülse, die vor allem einen Bruch mit der Vergangenheit suggerierte.

Obwohl die Behauptung eines radikalen Bruches mit der versäulten Vergangenheit verfehlt wäre (Van Dam 2011 c), lassen sich graduelle Veränderungen in den drei von Versäulung abgedeckten Dimensionen unterscheiden. Erstens ging mit der Behauptung einer Entsäulung eine Beschränkung der öffentlichen Rolle religiöser Traditionen einher. Unter Berufung auf die durch Entsäulung überholte versäulte Gesellschaft wollten Meinungsmacher Religion nur dann im öffentlichen Raum zulassen, wenn sie keine spaltende, sondern eine verbindende Funktion erfüllte. Wo sie keine positive, integrierende Funktion erfüllten konnte, sollte Religion höchstens als Privatsache fortbestehen. Das Beratungsgremium der niederländischen Kommunen bescheinigte 2009 in diesem Sinne in einem Bericht „eine Diversität der Religionen und religiöser Organisationen im öffentlichen Raum“ zu akzeptieren, mit denen sie gemeinsam „nicht-glaubensgebundenen Verwaltungsziele“ umsetzen könne. Religion könne auf die Integration von Minderheiten, auf das Aufbauen von über die eigene Gruppe hinaus kooperationswilligen Organisationen oder auf die Förderung sozialen Zusammenhalts innerhalb einer Minderheitsgruppe einen positiven Einfluss haben (Vereniging van Nederlandse Gemeenten 2009).

Eine zweite allmähliche Transformation der niederländischen Gesellschaft findet sich im Organisationsverhalten der Bürger. Diese orientierten sich immer weniger an dem Ideal schwerer Gemeinschaften – eine umfassende Gruppenidentität, eine geteilte Weltanschauung und eine hohe organisatorische Verdichtung. Statt-

dessen fanden sie sich tendenziell im idealtypischen Gegenpart der leichten Gemeinschaften wieder. Solche leichten Gemeinschaften verfügen nicht über eine umfassende, sondern über eine schmale Identität, die auf wenige Gemeinsamkeiten aufbaut. Weil eine leichte Gemeinschaft kein weites Netz geteilter Organisationen aufbaut, ist die Zusammenarbeit mit anderen über die Grenzen einer solchen Gemeinschaft hinaus wahrscheinlicher (Granovetter 1973).

Ein derartiger Trend von schweren zu leichten Gemeinschaften trat in West-Europa seit dem Zweiten Weltkrieg verstärkt zutage. Der zunehmende individuelle Wohlstand, wachsende soziale und geografische Mobilität, mehr soziale Sicherheit und eine Ausweitung der medialen Kommunikationsformen führten zu einer stärkeren Betonung individueller Selbständigkeit (Beck 1986, S. 122-130). Auch in der Philosophie und Theologie lässt sich seit dem Zweiten Weltkrieg eine solche stärkere Betonung persönlicher Verantwortung beobachten. Damit ging eine Neuausrichtung des sozialen Verhaltens einher. Das Idealbild der exklusiven, ideologisch geschlossenen Gemeinschaften, wurde von dem neuen Leitbild offener, flexibler, inklusiver Gemeinschaften abgelöst. In dem dieser Übergang hier als eine Transformation von schweren zu leichten Gemeinschaften dargestellt wird, soll er von der Erzählung einer Individualisierung als einseitiger Auflösung sozialer Bindungen abgesetzt werden, wie diese beispielsweise von Robert Putnam unterstellt worden ist (Putnam 2000) und in der niederländischen Publizistik beliebten Verbindung von Entsäulung mit der Auflösung von Gemeinschaften gespiegelt wird. Soziale Bindungen haben sich der hier vertretenen alternativen Sichtweise nach in der Nachkriegszeit aber nicht schlicht aufgelöst, sondern treten in neuen Gestalten auf, die genauer erforscht werden müssen (Duyvendak u. Hurenkamp 2004; Duyvendak 2004).

Nimmt man diesen Übergang von schweren zu leichten Gemeinschaften zum Ausgangspunkt für die Transformation der niederländischen Gesellschaft, die Zeitgenossen unter dem Nenner der Entsäulung angedeutet haben, so bietet diese Transformation drittens auch eine neue Perspektive auf die sich wandelnden politischen Verhältnisse. Die stärkere Betonung persönlicher Entscheidungsfreiheit machte die Entscheidung der Wähler weniger vorhersagbar. Auch wurde es schwieriger, große Gruppen Wähler dauerhaft an eine Partei zu binden. Dieser Trend äußerte sich nicht nur in der Gründung neuer Parteien wie der bereits erwähnten Boerenpartij und D'66, sondern auch in Abspaltungen etablierter Parteien und Erneuerungsbewegungen innerhalb derselben Parteien. Diesen Erneuerungsversuchen zum Trotz wählten seit dem Ende der fünfziger Jahre immer weniger Wähler die traditionellen Parteien der Liberalen (Vereniging voor Vrijheid en Democratie, VVD), Katholiken (KVP), Sozialdemokraten (PvdA) und Protestanten (Antirevolutionaire Partij, ARP; Christelijk-Historische Unie, CHU). Während 1959 mehr als 91 Prozent der Wähler eine dieser Parteien gewählt hatte, taten das 1971 nur

noch etwas mehr als 71 Prozent (Wielenga 2008, S. 314). Diese Verschiebung führte unter Politikern zu Unsicherheit über die Verfassung der eigenen Wählerschaft, die sie nun als weniger klar umrissen und weniger folgsam einschätzte.

Lijphart hatte 1968 erwartet, dass die weniger passive Haltung der Bürger zu einer weniger pragmatischen und kooperationswilligen Haltung der Eliten führen würde. Auch andere Beobachter diagnostizierten eine tiefe Krise in der niederländischen Politik. Joop van den Berg und Henk Molleman sahen das Land „am Grabe „des Systems“. Die Bürger hatten, aufgerüttelt durch Dekonfessionalisierung und eine Sehnsucht nach mehr Demokratie, den althergebrachten Parteien und dem traditionellen politischen System ihr Vertrauen entzogen (Van den Berg u. Molleman 1974: S. 61-128).

Politisch engagierte und wissenschaftliche Beobachter erhofften sich von dieser Krise das Aufkommen einer neuen Übersichtlichkeit, welche die Versäulung endgültig überholen würde. Der Soziologe Middendorp schrieb zum Beispiel, dass die Entsäulung zu einer Zweiteilung in der Bevölkerung führen würde. Er beobachtete das Entstehen eines progressiven und eines konservativen Lagers, welche die alten Trennungen aufgrund von Weltanschauung ersetzen würden (Middendorp 1979). Middendorp bestätigte mit seiner Analyse die politische Strategie, die vor allem die Erneuerungsbewegung Nieuw Links innerhalb der PvdA seit der zweiten Hälfte der Sechziger offen vertrat. Die PvdA hatte sich bereits seit ihrer Gründung 1946 von ihrer sozialdemokratischen Vorgängerpartei abgesetzt, in dem sie sich nicht länger nur an die „rote Familie“, sondern an die gesamte niederländische Familie richtete. Aus diesem Bestreben ging in den Sechziger Jahren eine als solche profilierte „Polarisierungsstrategie“ hervor. Ziel dieser Strategie war die Etablierung eines Rechts-links-Schemas in der niederländischen Politik. Eine derartige Aufteilung würde die prominente Stellung religiöser Traditionen in der niederländischen Politik beenden. Sie würde gleichzeitig sowohl die konfessionellen Parteien als auch die Wählerschaft spalten und nicht nur zu einer neuen Übersichtlichkeit, sondern auch zu einer besseren Stellung der PvdA als Anführer der progressiven Parteien führen (Mellink 2011). Die Politik der siebziger Jahre war damit nicht nur bezüglich der ambitionierten Reformziele, sondern auch im Hinblick auf das offene Bekenntnis zur Polarisierungsstrategie eine Überspitzung der Nachkriegsprogrammatik.

1972 und 1977 schien diese Herangehensweise auch von den Wählern belohnt zu werden. Die PvdA verzeichnete in beiden Fällen deutliche Stimmenzuwächse. In den Jahren 1973-1977 stellte sie mit Joop den Uyl den Ministerpräsident einer Regierung, die sich trotz der Regierungsbeteiligung konfessioneller Parteien einem linken Kurs unter dem Motto „Verteilung von Wissen, Wohlstand und Macht“ verschrieb. Ihre ambitionierten Pläne in der Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik konnte sie jedoch größtenteils nicht in die Tat umsetzen. Das lag zum einen

an der ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung: Den Uyls Regierung hatte seit der ersten Ölkrise 1973 mit einer kriselnden nationalen und internationalen Ökonomie zu kämpfen. Zum anderen hatten die Regierung und ihre Anhänger zu hohe Erwartungen bezüglich der Möglichkeiten staatlicher Steuerung und der Unterstützung für umfassende Reformen im Parlament und in der Bevölkerung (Wielenga 2008, S. 317-318).

Auch auf der rechten Seite schien sich die erwartete Polarisierung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre zu materialisieren, was den Eindruck eines Bruches mit der Vergangenheit noch verstärkte. Zunächst hatten auch die konfessionellen Parteien der Katholiken und Protestanten – KVP, ARP und CHU – die Rhetorik der Anpassung an eine neue Zeit übernommen und so den Eindruck verstärkt, mit der Entsäulung ginge ein radikaler Bruch mit der Vergangenheit einher (Kennedy 1995). Auch diese Parteien hatten zunehmend Schwierigkeiten, ihre Wählerschaft an sich zu binden. Diese Schwierigkeiten gingen mit Zweifeln über die Angemessenheit konfessioneller Organisationen im öffentlichen Leben einher. Vor allem unter katholischen Christen debattierte man seit den Sechziger Jahren über die Frage, ob Konfession eine ausschlaggebende Rolle spielen sollte für das zivilgesellschaftliche und politische Engagement der Katholiken (Thurlings 1971; Damberg 2010; Van Dam 2010). Diese Debatte führte unter Christen zu einer Bereitschaft über neue Organisationsformen zu beratschlagen. In der Gewerkschaftsbewegung kam es demzufolge zu einem Zusammenschluss der katholischen und sozialdemokratischen Gewerkschaft, während die protestantischen Gewerkschaften zu ökumenischen Organisationen transformierten. In der Politik kam es zu Verhandlungen zwischen den konfessionellen Parteien, die schließlich einen Zusammenschluss herbeiführten. 1977 traten die drei Parteien mit einer gemeinsamen Liste an, 1980 kam es zur Gründung des Christen-Democratisch Appèl (CDA). Die Polarisierung schien sich also durchzusetzen. In der Folgezeit erwarb sich der CDA jedoch nicht als rechtes Gegenstück zum progressiven Lager, sondern als christdemokratische Partei der Mitte eine Schlüsselstellung (Voerman 2011).

Die Regierung Den Uyl verkörperte nicht nur mit ihrem ambitionierten politischen Programm und ihrer polarisierenden Rhetorik die Suche nach einem Aufbruch in der niederländischen Politik. Sie suchte auch eine Verbindung zu den neuen sozialen Bewegungen herzustellen, die seit dem Ende der sechziger Jahre in Erscheinung traten. Neben neuen politischen Parteien waren solche soziale Bewegungen besonders erfolgreich darin gewesen, neue Themen zu etablieren. Sie taten dies außerdem mithilfe neuer Formen der politischen Auseinandersetzung. Einflussreich war dabei in den Niederlanden zunächst vor allem die anarchistische Gruppe Provo, die sich unter anderem lautstark wehrte gegen die Hochzeit der niederländischen Kronprinzessin Beatrix mit dem deutschen Claus von Amsberg im Jahre 1966. Ihre Aktionen zielten aber auch auf die Verbesserung der Lebens-

umstände in der Stadt ab, beispielsweise durch den „Weiße-Fahrräder-Plan“, nach dem in Amsterdam weiße Fahrräder als Kollektivgüter allen Bürgern zur Verfügung gestellt werden sollten (Pas 2003).

Mit ihren Aktionen trugen Bewegungen wie Provo und die Frauenbewegung Politik in den Alltag der Bürger hinein. Die etablierten Parteien suchten in den siebziger Jahren den Anschluss zu diesen neuen Bewegungen nicht nur in dem sie ihre Themen in Parteiprogrammen verarbeiteten, sondern beispielsweise auch durch die Beteiligung an Demonstrationen. Als Ikone dieser Annäherung kann die Beteiligung fast aller Mitglieder der Regierung Den Uyl an einer Demonstration gegen vom spanischen Franco-Regime verordnete Exekutionen in Utrecht im Jahre 1975 gelten. Ministerpräsident Den Uyl stellte sich dabei wortwörtlich an der Spitze des außerparlamentarischen Protestes. Auch in diesem Versuch, neue soziale Bewegungen als eine Basis für politische Parteien zu gewinnen, zeigt sich die Orientierung an den Ideen der unmittelbaren Nachkriegszeit, in der die Emanzipationsbewegungen der Katholiken, Protestanten und Sozialdemokraten als Fluchtpunkt des politischen Engagements galten (Verwey-Jonker 1961).

Die Verunsicherung durch die Transformation von schweren zu leichten Gemeinschaften beantworteten die politischen Führer also mit dem Versuch einer dreifachen Überspitzung der Ideale der Nachkriegszeit, die sie als Aufbruch in einer entsäulten Gesellschaft verstanden. Die aktivistische Polarisierungsstrategie, die ambitionierte Programmatik politischer Reformen und die Suche einer Bindung an neuen sozialen Bewegungen schienen in den siebziger Jahren erfolgreich. Nicht nur konnten die Parteien, die sich diesem Weg verschrieben, Wahlerfolge verbuchen. Auch wissenschaftliche Analysen und die Gründung einer einzigen christlich-demokratischen Partei schienen den Trend zu bestätigen, den diese Parteien herbeiführen wollten. Sowie sich aber die Regierung Den Uyl damit abfinden musste, dass ihre Pläne zu hoch gegriffen waren, so stellte sich auch heraus, dass weder auf der linken, noch auf der rechten Seite des politischen Spektrums eine Fortsetzung des Trends zur Polarisierung erkennbar war. Außerdem gelang es den Parteien nicht, eine dauerhafte Verbindung zu den neuen sozialen Bewegungen herzustellen. Diese waren entweder zu kurzlebig oder zu stark auf einzelne Themen fokussiert um als geeignete Bündnispartner oder gar als Basis für die etablierten politischen Parteien zu fungieren. Ende der siebziger Jahre lag daher eine stärkere Distanzierung von den Idealen der Nachkriegszeit nahe.

Die Vorstellung einer Entsäulung als Abschied von der versäulten Vergangenheit hatte sich zu diesem Zeitpunkt also etablieren können. Trotz der Zweifel an einem tatsächlichen Bruch vor allem in der politischen Geschichte hat sich diese Vorstellung als überraschend hartnäckig erwiesen. Vier Faktoren scheinen dabei eine wichtige Rolle zu spielen. Zunächst haben die weltweiten turbulenten Ereignisse der zweiten Hälfte der sechziger Jahre auch niederländische Zeitzeugen stark

beeindruckt. Ungeachtet der langsamen Verschiebungen auf der sozialstrukturellen Ebene haben diese Ereignisse an der Oberfläche die Unterstellung, die Welt verändere sich tiefgreifend, aufkommen lassen (Kurlansky 2004). Zweitens haben die niederländischen Eliten diesen Diskurs des tiefgreifenden Wandels bereits in den sechziger Jahren selbst aufgegriffen. In dem sie sich an die Spitze der Veränderung stellten, versuchten sie ihre Machtposition zu erhalten und propagierten dazu aktiv das Bild einer Zeit, in der alles sich verändere (Kennedy 1995). Drittens haben auch diejenigen, die sich seit der zweiten Hälfte der Sechziger in neuen sozialen Bewegungen für Veränderungen engagierten, diese Epoche als Bruch mit der Vergangenheit stilisiert, um die Erfolge der eigenen Aktionen in den Vordergrund zu rücken. Schließlich hängen auch diejenigen, die mit der aktuellen Politik unzufrieden sind, das Bild eines Abschieds von der Vergangenheit nach. Die Zeit der Versäulung idealisieren diese als eine Zeit der Übersichtlichkeit, in welcher Elite und Wählerschaft noch in klaren Gruppen aufgeteilt waren und Ideologien noch eine konstitutive Rolle spielten. Es gibt also nur wenige, die ein Interesse daran haben, eine Kontinuität in der niederländischen Nachkriegsgeschichte in den Vordergrund zu stellen.

3. Von Polarisierung zum Poldermodell

Die Vorstellung einer Diskontinuität, die mit dem Gegensatz zwischen Versäulung und Entsäulung einherging, bekam in den achtziger Jahren Gegenwind. Beobachter stellten die Konstanz politischer Handlungsformen fest. „Es ist, als ob etliche alten Spielregeln, die Lijphart einmal in der niederländischen Politik zu unterscheiden meinte, zurückgekehrt sind“, meinte beispielsweise Daalder in einer Ansprache 1986 (Daalder 1995, S. 98). Obwohl die durch Entsäulung konnotierte Unterstellung eines Bruches mit der Vergangenheit sich hielt, stellte sich in der Analyse der Politik eine Rückbesinnung auf Kontinuitäten ein. So räumte Lijphart 1989 ein, dass seine Analyse eines Abschieds von der Befriedungspolitik seit den Sechzigern nicht zugetroffen habe. Die Regierungskoalitionen konnten sich seit 1967 zwar auf weniger Sitze im Parlament stützen, aber diese Koalitionen selbst umfassten immer noch durchschnittlich mehr als vier Parteien. Weder die Position der nationalen Verwaltungsorgane, noch das Verhältnis zwischen Parlament und Senat, noch der Inhalt des Grundgesetzes hatten sich grundlegend geändert (Lijphart 1989).

Die politische Elite knüpfte auch über die siebziger Jahre hinaus an die Verhandlungstraditionen der niederländischen Politik an. Versuchte Entpolitisierung von heiklen Themen und eine Anerkennung der Unvermeidbarkeit von Kompromissen blieben wesentliche Merkmale, obwohl diese sachliche Politik wie auch zuvor nicht in allen Fällen als Leitbild fungierte. Dennoch blieb nicht alles beim Alten, denn der Übergang von schweren zu leichten Gemeinschaften prägte die

Politik weiter. Sowohl das Herstellen einer Verbindung zu neuen sozialen Bewegungen als die Basis für etablierte politische Parteien, als auch der Versuch des CDA in eine ökumenische Partei einen Großteil der Christen einzubinden, waren gescheitert. Enttäuscht und verunsichert untermauerten Politiker ihren Machtanspruch in den Achtziger Jahren immer weniger mit ihrer Position als Repräsentanten einer klar umrissenen Wählerschaft. Stattdessen legitimierten sie ihre Position vor allem in dem sie sich als erfolgreiche Manager des niederländischen Staates darstellen (Keulen u. Kroeze 2011, S. 43-59).

Als Teil dieser Entwicklung kam Anfang der Neunziger Jahre der Begriff „Poldermodell“ auf. 1990 warnte die linke Politikerin Ina Brouwer die niederländischen Sozialisten davor, sich nicht dem Poldermodell anzupassen, dass sie mit dezentraler Verwaltung und einem kooperativen Stil verband. Kritik an dem umständlichen und ineffektiven Regierungs- und Verwaltungsstil in der niederländischen Politik war zu dem Zeitpunkt verbreitet. Als aber Mitte der Neunziger die niederländische Wirtschaft expandierte, während es der 1994 angetretenen Regierung von Ministerpräsident Wim Kok gleichzeitig gelang den Staatshaushalt zu sanieren, kam Anerkennung für den kooperativen Umgang von Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer auf. Kok selbst verkörperte die Kultur der Verständigung glänzend: nachdem er 1976 als Vorsitzender der sozialdemokratischen Gewerkschaft eine Fusion mit der katholischen Schwesterorganisation realisiert hatte, schloss er 1982 als Vertreter dieser fusionierten Gewerkschaftsbewegung einen vielbeachteten Kompromiss mit den Arbeitgeberorganisationen. Dieser umfasste das Versprechen einer Drosselung der Lohnansprüche seitens der Arbeitnehmerschaft. Die Arbeitgeber versprachen ihrerseits die Arbeitszeiten zu verkürzen. Im Zuge dieses Kompromisses arbeiteten beide Seiten konstruktiv zusammen, während die niederländische Wirtschaft sich von den Erschütterungen der Siebziger erholte (Te Velde 2010, S. 205-226).

Das Lob des Poldermodells hielt gleichen Schritt mit der Entwicklung der niederländischen Wirtschaft in der zweiten Hälfte der Neunziger. Höhepunkt der Anerkennung war die Verleihung des Carl Bertelsmann-Preises an Arbeitnehmervertreter Lodewijk de Waal und Arbeitgebervertreter Hans Blankert 1997 um damit das Poldermodell zu würdigen. Die Harmonie zwischen beiden Vertretern unterstrichen sie selbst, indem sie in einem Auto gemeinsam zur Preisverleihung anreisten. Der Kompromiss galt nun nicht mehr als eine Notwendigkeit, die man widerwillig akzeptierte, sondern als eine logische Folge der gesellschaftlichen Pluralität. Ein erfolgreicher Politiker war nach diesem Bilde als kompetenter Manager dafür verantwortlich, allen Beteiligten gleichermaßen entgegenzukommen. So würde er eine gesunde Balance herstellen, von der letztlich die ganze Gesellschaft profitierte. Pluralität erschien somit nicht – wie sie in den Debatten um Versäulung bis in die Siebziger Jahre der Fall erschienen war – als unvermeidbarer, aber po-

tenziell problematischer Umstand, sondern als ein positives Merkmal der Gesellschaft.

Die Verwendung des Begriffes Poldermodell stellte die von ihm angedeutete Handlungsweise durch die Verbindung mit den emblematischen Polderlandschaften außerdem als eine typisch niederländische dar. Wie diese Polderlandschaften traditionell zu den Niederlanden gehörten, so verband man mit der Geschichte grob vereinfachend auch den kooperativen Umgang und den Willen zum Kompromiss mit der niederländischen Geschichte. Die Existenz der Polder selbst hätte die Zusammenarbeit nahegelegt, denn um diese trocken zu halten, mussten alle Beteiligten sich auf eine Kooperation einlassen. Auch die Versäulung erschien ungeachtet der Unterschiede zwischen der unmittelbaren Nachkriegszeit und späteren Epochen als eine Variante dieser Polderkultur, da sie eine Regelung der niederländischen Pluralität verkörperte, die auf Kompromissbereitschaft, Proportionalität und Sachlichkeit aufbaute (Lendering 2005). Somit erschien Versäulung zwar weiterhin als eine abgeschlossene Epoche. Sie wurde nun aber in eine langfristige Perspektive aufgenommen und ihre negative Konnotation wurde abgeschwächt.

Die Perspektive einer Kontinuität in der niederländischen Politik trotz des Übergangs von Versäulung zu Entsäulung machte sich seit den Achtziger Jahren breit unter wissenschaftlichen Beobachtern. Das führte sogar dazu, dass die Christdemokraten von manchen rückwirkend mit ihren sehr verschiedenen Vorgängerparteien gleichgesetzt wurden als eine politische Strömung, die neben Sozialdemokratie und Liberalismus das Land geprägt hatten (De Beus 1996). Trotz solcher Überspitzung überzeugt die Betonung gradueller Veränderung gegenüber der Perspektive eines radikalen Bruches, die durch den Diskurs der Entsäulung suggeriert wird. Die politischen Strukturen haben sich seit den Sechziger Jahren nicht wesentlich verändert. Auch die politischen Umgangsformen knüpften über diese Zeit hinaus bei einer Tradition der sachlichen Politik und der pragmatischen Zusammenarbeit an.

Die wichtigste Veränderung ist auf den Übergang zu loseren Gemeinschaften an der Basis der politischen Parteien zurückzuführen. Da Politiker ihre Position nicht mehr mit einem Verweis auf eine klar umrissene Wählerschaft legitimieren konnten, zogen sie sich teilweise aus der Öffentlichkeit zurück und legitimierten ihr Handeln verstärkt durch eine Profilierung als kompetente Manager des Staates, die im Dialog mit anderen Experten ihre Entscheidungen fällen. Auch diese Handlungsweise konnte bei der Tradition der sachlichen und pragmatischen Politik anknüpfen, sie gewann aber gegenüber anderen Formen der politischen Legitimation an Bedeutung.

Diese Legitimation der Politik ist in den letzten Jahren unter Beschuss geraten. Die Populisten Pim Fortuyn und Geert Wilders haben beide mit Erfolg kritisiert, dass die aktuellen Formen der Beratschlagung große Teile der niederländischen

Gesellschaft nicht berücksichtigen. Das „Poldern“ hat in Folge dieser Kritik erneut eine kritische Konnotation bekommen. Trotz der Aufrufe dieser Kritiker, mit dieser Tradition diesmal tatsächlich zu brechen, wird die Tradition der Beratschlagung in den Niederlanden vermutlich weiterhin eine wichtige Stellung einnehmen.

Diese Vermutung lässt sich mit zwei Beobachtungen untermauern. Erstens fällt auf, dass die Kritik an der Tradition sich selbst erneut auf sie beruft. Offenbar knüpft der Vorwurf, eine Gruppe werde in den aktuellen Beratschlagungsformen nicht gehört, bei der Vorstellung an, jede Gruppe müsse sich bei einer Beratschlagung einbringen können. Die anhaltende Wirksamkeit dieses Arguments kann sogar auch bei der umstrittenen Mitwirkung von Wilders“ Partij voor de Vrijheid (PVV) an den Plänen der aktuellen Regierung von Ministerpräsident Mark Rutte beobachtet werden. Diese wurde von den liberalen und christdemokratischen Koalitionspartnern mit einem Hinweis auf die anderthalb Millionen Wähler der PVV, die auch gehört werden müssten, verteidigt. Zweitens werden niederländische Politiker angesichts der eher noch zunehmenden Fragmentierung der politischen Landschaft auch künftig mit anderen Parteien koalieren müssen, wenn sie Regierungsverantwortung tragen möchten.

Verhandlungen und Kompromisse werden deshalb weiterhin eine zentrale Stellung im niederländischen politischen Betrieb einnehmen müssen. Das bedeutet nicht, dass die niederländische Politik immer nüchtern und sachlich fungieren wird, was auch in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen ist. Die Frage der Repräsentation wird dabei auch künftig eine schwierige sein, denn die Wählerschaft lässt sich schwer an Parteien binden. In dieser von leichten Gemeinschaften geprägten Ausgangslage werden politische Parteien sowohl neue Formen der Bindung erproben als auch eine glaubwürdige Bilanz zwischen Transparenz und Bereitschaft zum Kompromiss finden müssen. Bei dieser Suche wird man wie zuvor an tradierten Verhandlungsformen anknüpfen können. Auch sollte dabei an die Stelle der Perspektive einer einseitigen Individualisierung ein besseres Verständnis für neue Formen der sozialen Bindung treten. In beiden Fällen geht es also darum, strukturelle Kontinuitäten und graduelle Veränderungen herauszustellen. Deshalb ist es weder wissenschaftlich noch tagespolitisch hilfreich anhand der Begriffe Versäulung und Entsäulung einen radikalen Bruch in der niederländischen Geschichte zu suggerieren.

4. Literaturverzeichnis

- Beck, Ulrich.* 1986. Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Berg, Joop van den u. Molleman, Henk.* 1974. Crisis in de Nederlandse politiek. Alphen aan den Rijn: Samson.

- Beus, Jos de u. Doorn, Jacques van u. Rooy, Piet de.* 19962. De ideologische driehoek. Nederlandse politiek in historisch perspectief. Amsterdam: Boom.
- Blom, Hans u. Talsma, Jaap (Hrsg).* 2000. De verzuiling voorbij. Godsdienst, stand en natie in de lange negentiende eeuw. Amsterdam: Het Spinhuis.
- Daalder, Hans.* 1995. Van oude en nieuwe regenten. Politiek in Nederland. Amsterdam: Bert Bakker.
- Dam, Peter van.* 2010. Religion und Zivilgesellschaft. Christliche Traditionen in der niederländischen und deutschen Arbeiterbewegung (1945-1980). Münster: Waxmann.
- Dam, Peter van.* 2011 a. Staat van verzuiling. Over een Nederlandse mythe. Amsterdam: Wereldbibliotheek.
- Dam, Peter van.* 2011 b. Religiöse Mobilisierung? Religiöse Traditionen in der deutschen und niederländischen Arbeiterbewegung. Religion zwischen Zivilgesellschaft und politischem System. Befunde – Positionen – Perspektiven. Hrsg. Liedhegener, Antonius u. Werkner, Ines-Jacqueline, 211-231. Wiesbaden: VS.
- Dam, Peter van.* 2011 c. Een wankel vertoog. Over ontzuiling als karikatuur. Bijdragen en mededelingen betreffende de geschiedenis der Nederlanden. 126-3.
- Damberg, Wilhelm.* 2010. Restoration and erosion of pillarised Catholicism in Western Europe. The transformation of the Christian churches in Western Europe 1945-2000. Hrsg. Billiet, Jaak u. Kenis, Leo u. Pasture, Patrick, 55-76. Leuven: Leuven University Press.
- Doorn, Jacques van.* 1956. Verzuiling. Een eigentijds systeem van sociale controle. Sociologische gids. 3:41-49.
- Duyvendak, Jan Willem.* 2004. Een eensgezinde, vooruitstrevende natie. Over de mythe van „de“ individualisering en de toekomst van de sociologie. Amsterdam: Vossiuspers.
- Duyvendak, Jan Willem u. Hurenkamp, Menno (Hrsg.). 2004. Kiezen voor de kudde. Lichte gemeenschappen en de nieuwe meederheid. Amsterdam: Van Gennep.
- Ginkel, Rob van.* 1999. Op zoek naar eigenheid. Denkbeelden en discussies over cultuur en identiteit in Nederland. Den Haag: SDU.
- Granovetter, Mark. 1973. The strength of weak ties. American Journal of Sociology. 78-6:1360-1380.
- Hellemans, Staf.* 1990. Strijd om de moderniteit. Sociale bewegingen en verzuiling in Europa sinds 1800. Leuven: Leuven University Press.
- Kennedy, James.* 1995. Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig. Amsterdam: Boom.
- Keulen, Sjoerd u. Kroeze, Ronald.* 2011. De leiderschapscarrusel. Waarom iedere tijd om zijn eigen leider vraagt. Amsterdam: Boom.
- Kösters, Christoph u. Liedhegener, Antonius.* 2001. Historische Milieus als Forschungsaufgabe. Zwischenbilanz und Perspektiven. Konfession, Milieu, Moderne. Konzeptionelle Positionen und Kontroversen zur Geschichte von Katholizismus und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Hrsg. Horstmann, Johannes u. Liedhegener, Antonius, 15-25. Schwerte: Katholische Akademie.
- Kruijt, Jakob Pieter.* 1957. Sociologische beschouwingen over zilen en verzuiling. Socialisme & Democratie. 14-1:11-30.
- Kurlansky, Mark.* 2004. 1968. The year that rocked the world. New York: Ballantine Books.
- Lendering, Jona.* 2005. Polderdenken. De wortels van de Nederlandse overlegcultuur. Amsterdam: Polak & Van Gennep.

- Lepsius, M. Rainer.* 1966. Parteiensystem und Sozialstruktur. Zum Problem der Demokratisierung in Deutschland. *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte*. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge. Hrsg. Abel, Wilhelm u. Borchardt, Knut u. Lütge, Friedrich, 371-393. Stuttgart: Fischer.
- Lijphart, Arend.* 1968. The politics of accommodation. Pluralism and democracy in the Netherlands. Berkeley: University of California Press.
- Lijphart, Arend.* 1976. Verzuiling, pacificatie en kentering in de Nederlandse politiek. Amsterdam: De Bussy.
- Lijphart, Arend.* 1984. Time politics of accommodation. Reflections – fifteen years later. *Acta politica* 19:9-18.
- Lijphart, Arend.* 1989. From the politics of accommodation to adversarial politics in the Netherlands – a reassessment. *West European Politics* 12:139-153.
- Mellink, Bram.* 2011. Tweedracht maakt macht. De PvdA, de doorbraak en de ontluikende polarisatiestrategie (1946-1966). *Bijdragen en mededelingen betreffende de geschiedenis der Nederlanden*. 126-2:30-53.
- Middendorp, Cornelis Pieter.* 1979. Ontzuiling, politisering en restauratie in Nederland. *Progressiviteit en conservatisme in de jaren 60 en 70*. Meppel: Boom.
- Pas, Niek.* 2003. Imaazje! De verbeelding van Provo (1965-1967). Amsterdam: Wereldbibliotheek.
- Putnam, Robert.* 2000. Bowling alone. The collapse and revival of American community. New York: Simon & Schuster.
- Schöffer, Ivo.* 1956. Verzuiling, een specifiek Nederlands probleem. *Sociologische gids*. 3:121-127.
- Spoormans, Huub.* 1988. „Met uitsluiting van voorregt“. Het ontstaan van de liberale democratie in Nederland. Amsterdam: SUA.
- Thurlings, Jan.* De wankelende zuil. Nederlandse katholieken tussen assimilatie en pluralisme. Nijmegen: Dekker & Van de Vegt.
- Velde, Henk te.* 2009. Inleiding. De internationalisering van de nationale geschiedenis en de verzuiling. *Bijdragen en mededelingen betreffende de geschiedenis der Nederlanden*. 124:1-16.
- Velde, Henk te.* 2010. Van regentenmentaliteit tot populisme. *Politieke tradities in Nederland*. Amsterdam: Bert Bakker.
- Vereniging van Nederlandse Gemeenten.* 2009. Tweelukkig religie en publiek domein. Handvatten voor gemeenten. Den Haag: Vereniging van Nederlandse Gemeenten/Ministerie van Binnenlandse Zaken en Koninkrijksrelaties.
- Verwey-Jonker, Hilda.* 1961. De emancipatiebewegingen. Drift en koers. Een halve eeuw sociale verandering in Nederland. Hrsg. Hollander, Arie Nicolaas Jan den, 105-126. Assen: Van Gorcum.
- Voerman, Gerrit (Hrsg.).* 2011. De conjunctuur van de macht. Het Christen-Democratisch Appèl 1980-2010. Amsterdam: Boom.
- Wielenga, Friso.* 2008. Die Niederlande. Politik und politische Kultur im 20. Jahrhundert. Münster: Waxmann.